

# Südwestwind



Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises Steglitz-Zehlendorf

## AUF EIN NEUES: „MEHR DEMOKRATIE WAGEN“!

2010 hat unsere Partei politisch wieder Fahrt aufgenommen. Zwar vermittelt die SPD noch keine Aufbruchsstimmung aber kraft der Genossin Kraft haben wir die Talsohle durchschritten. Weiter sind wir allerdings noch nicht gekommen. Als Zukunftspartei müssen wir für ein politisch geeintes und offenes Europa werben.

Wie nötig das ist, zeigen die letzten Wochen. Zum einen handelt es sich um den fortschreitenden europäischen Erosionsprozess. Die deutsche Politik (auch die sozialdemokratische) hat bisher in der Finanz- und Wirtschaftspolitik kein überzeugenden Antworten formuliert, um die Kluft zwischen nationalen Interessen und europäischen Notwendigkeiten zu schließen. Nicht nur die jetzige Bundesregierung versagt hierbei, auch die Große Koalition hat wenig beigetragen. In der Großen Koalition haben insbesondere unsere sozialdemokratischen Minister ein beeindruckendes Krisenmanagement geleistet. Die wirklichen Probleme auf der europäischen Bühne müssen jetzt angegangen werden.

Wirtschaftlicher Konsolidierung ist die Botschaft. Den Menschen muss erklärt werden, dass Frieden und unsere wirtschaftliche Entwicklung eng mit der Europäischen Union verknüpft sind. Wer die Europäische Union will, sollte unseren europäischen Nachbarn bei ihren Finanz- und Wirtschaftsproblemen hilfreich zur Seite stehen. Wir haben für den zukünftigen Frieden und für unsere vergangenen nationalwirtschaftlichen Egoismen zu zahlen, auch wenn das am Stammtisch unpopulär ist. Die gegenwärtige Bundesregierung verfolgt aber weiter den Kurs des natio-

nen Wirtschaftsegoismus, der libertären Kleingeistigkeit und des Verschweigens.

Das zweite Beispiel sind die WikiLeaks-Enthüllungen. Im Gegensatz zu unseren Parteioberen mahne ich zur Gelassenheit. Die Veröffentlichungen werden künftig das Regieren nicht erschweren, auch wenn andere das Gegenteil prognostizieren.

Was ist eigentlich der informative Mehrwert der Enthüllungen? Wir wissen jetzt, dass die USA die gleiche Einschätzung über die Akteure der Bundesregierung haben, wie die SPD. Wie wissen jetzt, dass der Geschäftsführer der Berliner SPD, Rüdiger Scholz, eine wichtige politische Quelle ist. Und wir wissen, dass FDP-Bundestagsabgeordnete den amerikanischen Botschafter des Landes verweisen wollen. Soweit hätte sich der ehemalige Bundesvorsitzende der Jusos, Klaus Uwe Benneter, nie vorgewagt.

Gelassenheit ist das Gebot der Stunde, gerade für die Berliner Sozialdemokratie. Sie hat sich erfolgreich für die Veröffentlichung der Privatisierungsverträge der Berliner Wasserbetriebe eingesetzt. Wir „mündigen“ Bürger werden uns „hier wie dort“ nicht mehr herausreden können, wir hätten nichts gewusst. Wir werden zum Engagement gefordert sein, wir werden uns über die Dinge noch besser informieren müssen. Willy Brandts Botschaft sollte uns beim Globalisierungsprodukt WikiLeaks leiten: „Mehr Demokratie wagen!“

In diesem Sinn wünsche ich Euch ein friedliches Weihnachtsfest und ein engagiertes Jahr 2011.

Michael Arndt, Kreisvorsitzender

## INHALTSVERZEICHNIS

Auf ein Neues: „Mehr Demokratie Wagen“! - Michael Arndt.....	1
In dieser Ausgabe... - Ulrike Wöhning .....	2
Neue Idee Von Schwarz-Grün: Gottesleute gegen Korruption! - Andreas Linde .....	3
Aus dem Bundestag - Petra Merkel .....	4
Kinderarmut bekämpfen - Was kann unser Bezirk tun? - Barbara Loth.....	5
Zukunft für die Dahlemer Museen - Jan Kellermann.....	7
Bezirkliches Fahrradroutenbennetz beschlossen! - Uwe Stäglin .....	7
Gratulationen.....	8
Termine .....	9
Nominierungen für die KDV am 15.01.2011.....	15
Fahrradfreundlicher Bezirk Steglitz-Zehlendorf - Irene Köhne.....	17
Die Trüffel sind zu billig - Hans-Willi Weizen.....	18
Von der Park Range zum Landschaftspark Lichterfelde Süd - Gerhard Niebergall und Helmut Schmidt .....	19
Frau am Steuer - Eveline Neumann .....	21
Neuer Flughafen für Berlin - Neuer Lärm für Steglitz-Zehlendorf? - Holger Thärichen und Nicole Siewert .....	22
Aktuell im Internet.....	23
Gedenken .....	23

## IN DIESER AUSGABE...

...beschäftigten wir uns indirekt mit einer Frage, die der „Vorwärts“ vor kurzem sehr direkt gestellt hat. „Wie wird die SPD wieder sexy?“ wollte die „Zeitung der deutschen Sozialdemokratie“ wissen. Prompt gab es jede Menge Antworten. Viele forderten: „Nehmt jeden ernst der kommt. Schreckt niemanden mit Sprechblasen ab. Ladet zum Mitmachen ein. Interessiert Euch für Ideen und Talente.“ Das sind zwar einfache, aber dennoch empfehlenswerte Rezepte. Weil das Schmoren im eigenen Saft bekanntlich nur dem Sonntagsbraten bekommt, weil „Politsprech“ nicht ankommt und weil stundenlange Hinterzimmer-Treffen wenig anziehend sind. Vor allem aber, weil das Grundgesetz den Parteien aufträgt, „an der Meinungsbildung“ mitzuwirken. SPD-Chef Sigmar Gabriel rät daher: „Raus zu denen, für die wir da sind.“ Wir berichten in dieser Ausgabe wieder über

Aktivitäten der Abteilungen und der BVV. Zum Beispiel über den „Runden Tisch“ zum Thema Kinderschutz, aber auch darüber, wer weshalb für bessere Fahrradrouten im Bezirk in die Pedalen trat und welche Ideen gerade in Lichterfelde Ost und Süd für die Gestaltung des Geländes am S-Bahnhof Lichterfelde Süd diskutiert werden. Außerdem stellen wir die Kandidatinnen und Kandidaten vor, die SPD-Politik im Kreis mit erarbeiten, entscheiden und erklären wollen. Am besten frei nach dem Motto „Arsch huh un Zäng usseinander“. Das ist mal in Köln für den von Gerhard Schröder ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ geprägt worden. Dieses „Arsch hoch und Zähne auseinander“ klingt auf gut deutsch zwar ziemlich drastisch – ist gleichwohl aber ein richtig gutes Rezept gegen Politikverdrossenheit und Verzagtheit!

Ulrike Wöhning

## **NEUE IDEE VON SCHWARZ-GRÜN: GOTTESLEUTE GEGEN KORRUPTION!**

Manchmal geht es in der BVV auch lustig zu! Für Heiterkeit war jedenfalls gesorgt, als die schwarz-grünen Vertreter kürzlich eine Antragsvorlage zur Abstimmung stellten, die an Realstatie grenzt. Denn sie wollen allen Ernstes ein wichtiges Element des Korruptionsschutzes im Bezirk in die Hände von Pfarrern und Rabbinern legen.

Um was geht es?

Wir wollten den Korruptionsschutz im Bezirk verbessern – durch einen externen, professionellen Ombudsmann außerhalb der Bezirksverwaltung. Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied von Transparency International, hatte im Ausschuss für Personal und Verwaltung von vergleichenden Untersuchungen zum Korruptionsschutz in Berliner Bezirken berichtet. Und da sieht es in Steglitz-Zehlendorf gar nicht so gut aus. Das Bezirksamt hat zwar einen Korruptionsbeauftragten, der hier aber – anders als in anderen Bezirken – „in der Luft hängend“, weil es keine zentrale Prüfgruppe gibt. Dies war offenbar vom Bezirksbürgermeister Norbert Kopp (CDU) nicht erwünscht. Der Vorteil einer solchen Prüfgruppe, die einer Innenrevision ähnelt, liegt in der Möglichkeit, nicht anlassgebundene Prüfungen durchzuführen, auch Stichproben ohne Vorwarnung. Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf erfolgen bisher nur Prüfungen, wenn sie der Abteilungsleiter anfordert. Hier besteht mittelfristig Handlungsbedarf.

Ein weiteres wirkungsvolles Element zur Verbesserung des Korruptionsschutzes ist die Etablierung eines externen Ombudsmannes.

Das wollte die SPD. Der Vorschlag: Eine Anwältin oder ein Anwalt soll als Ombudsmann vertrauliche Mitteilungen

entgegennehmen: Von Beschäftigten und Konkurrenten, Maßnahmen ergreifen und Informationen an das Bezirksamt weiterleiten. Aufgrund der Verschwiegenheitspflicht – auch gegenüber der Staatsanwaltschaft gilt die Schweigepflicht – wäre jede Information vollständig geschützt und bliebe auf Wunsch anonym. In Spandau hat man damit gute Erfahrungen gemacht.

Eine solche Lösung wäre nicht teuer – vielleicht 1.500,- € im Jahr. Diesem Begehren haben alle Fraktionen im zuständigen Ausschuss zugestimmt. Doch im weiteren Verlauf des Antragsverfahrens änderte die Mehrheit unter Anleitung des CDU-Fraktionenvorsitzenden ihre Meinung: Der Vorschlag sei zu teuer, man könnte das Ergebnis auch kostenlos haben. Jetzt sollen Pfarrer und Rabbiner angesprochen werden. Das ist originell, aber unseriös.

Nun ließe sich viel Geistvolles zu dieser Idee sagen – Korruptionsschutz im Beichtstuhlverfahren etwa. Oder auch staatsrechtliches, nämlich zum Verhältnis von Kirche und Staat...

Das für mich entscheidende Kriterium ist folgendes: Wie verhindern wir Korruption, wie effektiv sind unsere Maßnahmen? Und da ist es schon ein Unterschied, ob man potentiellen Hinweisgebern einen professionellen Gesprächspartner anbietet, der fragliche Sachverhalte aus eigener beruflicher Erfahrung abwägen kann oder nicht, weil es sich um einen Fachfremden handelt.

Korruptionsschutz ist ein Standortvorteil. Wir brauchen eine unbestechliche Verwaltung, das ist ein Pluspunkt für unser Land. Deshalb hat unser Bezirk hat besseren Korruptionsschutz verdient.

Andreas Linde, Mitglied der BVV

## AUS DEM BUNDESTAG

Dieses Jahr neigt sich dem Ende und der Haushalt 2011 ist verabschiedet.

Der erste „eigene“ schwarz-gelbe Bundeshaushalt ist eine herbe Enttäuschung. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwiegen, Gering- und Normalverdiener zahlen weiterhin die Zeche. Denn gespart wird nicht, im Gegenteil. Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble tricksen und mogeln, um sich bis 2013 mehr verschulden zu können als eigentlich zulässig. Damit soll dann wohl die FDP-Steuerreform für die Spitzenverdiener finanziert werden.

Die Regierung kapituliert vor den Herausforderungen der Finanzkrise und verspielt die große Chance für einen nachhaltigen Aufschwung, an dem auch Geringverdiener und Arbeitslose teilhaben. Der vorgelegte Haushalt ist ein Dokument der Klientelpolitik. Bedient werden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. An dieser Stelle möchte ich nur einige Beispiele nennen: Lohn-dumping auf Kosten des Steuerzahlers wird nicht eingeschränkt, sondern soll ausgeweitet werden. Statt eines Mindestlohns kommt mit der Ausweitung der „hinzu Verdienstgrenzen“ die weitere Subventionierung des Niedriglohnsektors. Vor allem die angekündigte Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor wirksam an den Krisenkosten beteiligen würde, steht in den Sternen.

Die SPD hat eine Alternative vorgelegt. Eine ambitioniertere Rückführung der Schulden ist möglich. Zugleich können gegenfinanzierte Verbesserungen bei einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, bei Bildung und Integration, bei Umwelt und Klimaschutz, bei den Investitionen in den Kommunen und bei der Entlastung

der Städte und Gemeinden von Sozialausgaben erreicht werden. Wir fordern beispielsweise umgehend einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einzuführen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Rücknahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes (bis auf die Kindergelderhöhung) sowie mittelfristig die Einführung einer Bundessteuerverwaltung.

Zu den von uns eingebrachten Änderungsanträgen zählt auch die Aufforderung, die Mittel für die Städtebauförderung und der Förderprogramme fortzuschreiben. Insbesondere die Kürzungen bei dem Programm „Soziale Stadt“ sind im Hinblick auf ihre strengen Forderungen zur Integration ein Schlag ins Gesicht der engagierten Mitbürger, die sich an dem sehr erfolgreichen Programm beteiligen. Mit den Kürzungen von 95 auf 28,5 Milliarden Euro werden ausgerechnet die sozialen Maßnahmenpakete des Programms zusammengestrichen. Die Förderung soll nur noch für Baumaßnahmen genutzt werden können. Noch drastischer wirken sich die Kürzungen aus, da der Bund nur ein Drittel der Gesamtaufwendungen des Programmes finanziert. Es besteht die Gefahr, das Länder und Kommunen ihre Zuschüsse ebenfalls anteilig kürzen.

Damit aber nicht genug: Finanzminister Schäuble trickst und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssituation im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog.

strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen. Schwarz- Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich mehr als 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig. Bun-

desrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldengrenze um 3,4 Milliarden Euro verletzt.

Petra Merkel, MdB

## **KINDERARMUT BEKÄMPFEN - WAS KANN UNSER BEZIRK TUN?**

Berlin ist die Stadt mit den meisten armen Kindern in Deutschland. Mehr als jedes dritte Kind lebt hier in prekären Verhältnissen. Auch in Steglitz-Zehlendorf gibt es Wohngebiete, in denen vorwiegend Menschen leben, die sozialer Benachteiligung ausgesetzt sind: Beispielsweise die Belz-Lüdecke-Siedlung oder die Thermometersiedlung. Dort sind noch mehr Kinder arm als im Berliner Durchschnitt. Der Landesparteitag hat am 26. Juni 2010 viele konkrete Maßnahmen beschlossen. In Steglitz-Zehlendorf hat unsere Arbeitsgruppe Soziales Leben in Steglitz-Zehlendorf diese diskutiert und geprüft, was unser Bezirksamt tun kann.

### **Teilhabe durch Bildung**

Meist sind Kinder und Jugendliche nicht alleine arm. Sie leben in armen Familien. Die Bekämpfung der Kinderarmut ist vor allem auch eine Bekämpfung von Familienarmut. Wer neue Chancen für Kinder will, muss neue Chancen für ihre Eltern eröffnen. Deshalb ist eine gute Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik im Bezirk wichtig für mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Dazu gehört auch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Gerade Alleinerziehende haben häufig keine Möglichkeit einer Beschäftigung und sind damit zu oft auf Sozialleistungen angewiesen. Betriebe, die junge Eltern oder Alleinerziehende beschäftigen, werden unterstützt

und gefördert. 2010 wurden die familienfreundlichsten Unternehmen Berlins prämiert. Ein Unternehmen in Zehlendorf gehörte zu den Gewinnern. Solche Vorbilder brauchen wir.

Um Arbeit und Familie besser vereinbaren zu können, müssen die Kindertagesstätten ausgebaut werden. Sie müssen sich zu Bildungseinrichtungen weiterentwickeln. Dies wie auch die Berliner Schulreform muss der Bezirk begleiten werden. Ausreichende Mittel sind notwendig, um Ganztagschulen mit Mensen für alle Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stellen, in denen sie ein gesundes Mittagessen erhalten.

### **Zentren sozialer Infrastruktur schaffen**

Kindertageseinrichtungen und Schulen bilden ein dichtes Netz öffentlicher Einrichtungen, die nahezu täglich von den Kindern genutzt werden. Für sie sind sie nicht nur ein Lernort, sondern Mittelpunkt des sozialen Umfelds im Bezirk. Diese Einrichtungen müssen mehr mit öffentlichen und freien Trägern der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, den Einrichtungen der Kultur-, Sport- und Gesundheitsförderung sowie der Arbeitagentur kooperieren und sich zu Informationszentren für deren Angebote im sozialen Raum entwickeln. Aufgabe des Bezirks ist es, diese Kooperationen zu unterstützen. So sollten z.B. Sprechstunden von Beratungsstellen in Kitas und

Schulen stattfinden, Kinder wie Eltern für Freizeit- und Bildungsangebote interessiert werden, Elterncafés als Orte des Austauschs und der gegenseitigen Unterstützung entstehen und durch Netzwerkpartner begleitet werden.

Dazu gehört auch, die Kitas baulich und konzeptionell zu Familienzentren zu erweitern. Der Bezirk muss sicherstellen, dass eine entwicklungsfördernde Infrastruktur für Kinder und Familien bedarfsgerecht vorhanden ist und die Angebote für alle grundsätzlich offen sind. Das Baurecht wird dahingehend verbessert, dass bei Neubau auch von kleinteiligen Wohnanlagen öffentlich zugängliche Gemeinschaftsspielplätze anzulegen sind oder entsprechende Abgaben zu Verbesserung der sozialen Infrastruktur geleistet werden müssen, die ortsnahe zur Förderung von Kindern und Familien eingesetzt werden.

#### **Kinder und Eltern unterstützen**

Alle Kinder sind mit einem differenzierten Unterstützungssystem nicht nur vor Missbrauch und Vernachlässigung zu schützen. Risikofamilien müssen mit präventiven Angeboten gefördert und dürfen mit ihrer Erziehungsverantwortung nicht allein gelassen werden. Dabei gilt es, alle werdenden Eltern bereits vor oder nach der Geburt in allen Fragen ihrer Lebensumstellung und des Hineinwachsens in die Elternrolle mit Rat und Tat zu begleiten. Hierzu bedarf es einer besseren Vernetzung der Gesundheits-, Sozial und Jugenddienste und des Ausbaus aufsuchender Angebote. Bereits erfolgreich erprobte Angebote, wie z.B. die Elternschule, die erweiterten Ersthäusesuche, die „Aufsuchende Elternhilfe“ und die sogenannten Stadtteilmütter, werden verstetigt bzw. ausgebaut. Die Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Gesundheitsamt und dem Jugend-

amt sowie der beiden Abteilungen mit der Charité und der Kinder- und Jugendpsychiatrie Jugendhilfe und Schule mit Tempelhof-Schöneberg werden fortgesetzt und verstärkt. Die Runden Tische Kinderschutz und das Konzept „Frühe Hilfen“ haben gezeigt, dass gemeinsames Handeln dem einzelnen Kind besser helfen kann.

Für die Beratung und Unterstützung bei der Beantragung aller kindbezogenen Sozialleistungen sollte zukünftig in Steglitz-Zehlendorf eine Anlaufstelle für Kinder und deren Eltern aufgebaut („Kinder-Bürgeramt“), bei der Rat suchende Familien zu allen Fragen der kindbezogenen Unterstützungsleistungen fundiert und „aus einer Hand“ beraten werden. Informations- und Beratungsnetze im Internet müssen ausgebaut und die Zugangsmöglichkeiten zu unterstützenden Angeboten vereinfacht werden.

#### **Bündnis für Familie**

Familien- und kinderpolitische Stadtentwicklungskonzepte, die eine kindgerechte soziale Infrastruktur in den Mittelpunkt rücken und damit präventiv für die Bewältigung von Kinderarmut wirken, werden vorangetrieben. Wir wollen die interkulturelle Kompetenz im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf erhöhen. Wir wollen durch geeignete Kampagnen mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit erreichen. Wir wollen konkrete Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Familien bei allen sie berührenden Fragen der bezirklichen Entwicklung.

Ein bezirkliches Bündnis für Familie ist notwendig, um über das partnerschaftliche Engagement von Wirtschaft, sozialen Organisationen, Verwaltungen, Politik und Verbänden praktische Verbesserungen für Familien in Steglitz-Zehlendorf zu erreichen. Ein solches Bündnis kann auf Familien zugeschnittenes En-

agement unterstützen, vorhandene Angebote vernetzen und neue Projekte ins Rollen bringen. Denn der Nutzen eines familienfreundlichen Umfelds kommt nicht allein den Familien, sondern auch dem gesamten Bezirk, Unternehmen und Organisationen zugute. Familienfreund-

lichkeit ist letztendlich ein Gewinn für alle. Das Bündnis für Familie richtet sich an alle, die Verantwortung übernehmen und sich für einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk engagieren.

Barbara Loth, Bezirksstadträtin

## **ZUKUNFT FÜR DIE DAHLEMER MUSEEN**

Die Dahlemer Museen umfassen das Museum für Asiatische Kunst, das Ethnologische Museum sowie das Museum Europäischer Kulturen. Seit rund 40 Jahren zieht diese Museumslandschaft in unmittelbarer Nähe der Freien Universität Berlin Besucher aus dem In- und Ausland an. Sie Stiftung Staatliche Museen bezeichnet den Museumskomplex als „das nach Umfang, Qualität und Ausgewogenheit weltweit bedeutendste Sammlungsensemble seiner Art“.

Um dem geplanten Neubau des Stadtschlusses auch einen Inhalt zu geben, sollen das Asiatische und Ethnologische Museen in das neugebaute Humboldt-Forum mziehen. Angesichts der Verschiebung des Baues des Humboldt-Forums fordert die SPD Steglitz-Zehlendorf den Senat und die SPD-Fraktion im Abgeord-

netenhaus auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Dahlemer Museen und Sammlungen erhalten und von der Eigentümerin Stiftung Preussischer Kulturbesitz in angemessenen baulichen Zustand versetzt werden. Es ist nicht einzusehen, dass dieses Ensemble zerstört werden soll. Vielmehr soll für den Standort auch von Bezirksseite verstärkt geworben werden - für den Tourismus sind die Museen von einem hohen Wert für unseren Bezirk.

Nicht zuletzt ist es auch für die FU dringend erforderlich, den Standort in unmittelbarer Nähe zu haben, da die Museen wichtige Forschungsobjekte beherbergen und sogar Projekte im Rahmen des Exzellenz-Clusters von den Museen abhängig sind.

Jan Kellermann, Abteilung 03

## **BEZIRKLICHES FAHRRADROUTENNEBENNETZ BESCHLOSSEN!**

Die Verbesserung der Angebote für den Fahrradverkehr ist für uns als SPD Steglitz-Zehlendorf ein zentrales Thema.

Im März 2007 habe ich daher den Runden Tisch Fahrradverkehr in unserem Bezirk als Beratungsgremium bei mir als Baustadtrat ins Leben gerufen. Hier treffen sich Vertreterinnen und Vertreter von Fahrradverbänden, dem BUND u.a. einerseits mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung andererseits. Mit Hilfe dieses Gremiums konnten wichtige Hinweise

für laufende Planungen aufgenommen werden. Und hier wurde auch vereinbart, als ein Schwerpunktprojekt ein bezirkliches Nebenroutennetz für den Fahrradverkehr zu erarbeiten. Nebenrouten, da die Hauptrouten die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung entwickelten sind. Somit wird mit dem bezirklichen Konzept auf dieser gesamtstädtischen Struktur aufgebaut. Ganz bewusst wurde das im November 2010 vom Bezirksamt beschlossene Konzept in einer Arbeitsgruppe sozusagen von

der Basis her erarbeitet, nicht durch ein externes Büro. Somit waren alle Ebenen, Senat, Bezirk und Aktive vor Ort, in die Erarbeitung einbezogen. Nach einer Diskussion über den Arbeitsansatz wurden die herausgearbeiteten Korridore vor Ort überprüft und konkret „beradelt“. Der ADFC hat diesen Weg in der letzten Sitzung des Runden Tisches Fahrradverkehr als beispielhaft für andere Bezirke bezeichnet!

Inhaltlich verknüpft das Konzept die für den Fahrradverkehr wesentlichen Ziele im Bezirk: Kulturelle und touristische Highlights, wesentliche Stadtteilzentren, Universitätsstandorte, Oberschulen und andere. Entwickelt wurden so wesentliche verknüpfende Routen, so eine von Wannsee über Zehlendorf Mitte, Lichterfelde Ost nach Lankwitz und weiter in Richtung Marienfelde. In die Planungen einbezogen wurden auch fehlende Verknüpfungen für eine bessere Anbindung der Schloßstraße in die bestehende Routenstruktur. Wichtig war auch, dass die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Routen nicht straßenausbaubeitragspflichtig sind, also nicht zu Kosten für die Anlieger führen. Wer sich

weiter ins Thema einlesen will, der findet die vom Bezirksamt beschlossene Vorlage unter

[http://www.berlin.de/imperia/md/content/basteglitzzehendorf/bvv/3\\_wp/vorlagen\\_zur\\_kennntnisnahme/36.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/basteglitzzehendorf/bvv/3_wp/vorlagen_zur_kennntnisnahme/36.pdf).

Aufgabe für die nächsten Jahre wird es nun sein, in eine Feinplanung einzusteigen und die Routen sukzessive umzusetzen. Dabei sollen vor allem Mittel der Senatsverwaltung zur Förderung des Fahrradverkehrs eingesetzt werden. Aber auch der Bezirk wird sich nicht nur planerisch zu einer Verbesserung der Fahrradinfrastruktur bekennen können, hier ist auch ein finanzieller Beitrag gefragt, um die Umsetzung ermöglichen zu können. Und hier sind alle Parteien gefordert, zum Beispiel bei Beschlüssen über die Investitionsplanung den Worten Taten folgen zu lassen!

Es ist somit ein großer Erfolg, dass es gelungen ist, eine bezirkliche planerische Konzeption auf den Weg zu bringen! Ein Erfolg, der zeigt, dass Beteiligung konkret ermöglicht und umgesetzt wird.

**Uwe Stäglich, Bezirksstadtrat**

## **TERMINE**

**ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM ([WWW.SPD-STEGLITZ.DE](http://www.spd-steglitz.de))**

**ABTEILUNG 2, SÜDENDE ([WWW.SPD-SÜDENDE.DE](http://www.spd-suedende.de))**

**ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST ([WWW.SPD-LICHTERFELDE.DE](http://www.spd-lichterfelde.de))**

**ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND SÜD ([WWW.SPD-LIOS.DE](http://WWW.SPD-LIOS.DE))**

**ABTEILUNG 5, LANKWITZ ([WWW.SPD-LANKWITZ.DE](http://WWW.SPD-LANKWITZ.DE))**

**ABTEILUNG 6 KRUMME LANKE ([WWW.SPD-KRUMME-LANKE.DE](http://WWW.SPD-KRUMME-LANKE.DE))**

**ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF SÜD ([WWW.SPD-ZEHLENDORF-SUED.DE](http://WWW.SPD-ZEHLENDORF-SUED.DE))**

**ABTEILUNG 8, SEENPLATTE**

**ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF ([WWW.SPD-ZEHLENDORF.DE](http://WWW.SPD-ZEHLENDORF.DE))**

**ABTEILUNG 10, DAHLEM ([WWW.SPD-DAHLEM.DE](http://WWW.SPD-DAHLEM.DE))**

**SPD STEGLITZ-ZEHLENDORF (KREIS) ([WWW.SP-D-SUEDWEST.DE](http://www.spd-suedwest.de))**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (AsF)**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION**

**AG DER SCHWUSOS ([WWW.SCHWUSOS-SUEDWEST.DE](http://WWW.SCHWUSOS-SUEDWEST.DE))**

**ARBEITSKREIS LEBENSWERTE STADT**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN (AGS)**

**JUSOS ([www.jusos-suedwest.org](http://www.jusos-suedwest.org))**

**ALLE TERMINE AUCH UNTER [WWW.SPD-SUEDWEST.DE/TERMINE/](http://www.spd-suedwest.de/termine/).**

**KREISDELEGIERTENVERSAMMLUNG - LISTENAUFSTELLUNG**

Listenaufstellung für BVV- und Abgeordnetenhauswahlen  
Am 15.01.2010 um 10:30 Uhr  
Ort: Bürgersaal Rathaus Zehlendorf Kirchstr.1/3, 14163 Berlin

## **FAHRRADFREUNDLICHER BEZIRK STEGLITZ-ZEHLENDORF:**

### **ERGEBNISSE DER FAHRRAD-UMFRAGE**

Die SPD in Steglitz-Zehlendorf möchte unseren Bezirk noch attraktiver machen für das Radfahren.

Deshalb hat die Fraktion für die Bezirksverordnetenversammlung bereits diverse Anträge für Radstreifen und Rad-Konzepte für spezielle Bereiche eingebracht, die zum Teil durch Senats- als auch Bezirksmittel verwirklicht werden konnten.

Es gibt aber immer noch etliche Hindernisse für Radfahrerinnen und Radfahrer. Noch längst sind nicht alle Schulen und andere Ziele gut und sicher mit dem Fahrrad zu erreichen

Um die Vorstellungen der schon aktiven Radler wie auch der noch zögernden Bewohner, Ausflügler und Geschäftsleute im gesamten Bezirk genauer zu ermitteln, wurde deshalb als kreisweite Aktion ein Fragebogen von unserem Arbeitskreis ‚Lebenswerte Stadt‘ erstellt und bezirksweit verteilt.

Zwar waren die Rückläufe nicht sehr zahlreich, aber die Wünsche, Ideen und Vorschläge dafür sehr detailliert.

Einige Schwerpunkte waren uns bereits bekannt und sind schon in der Umsetzung, weiteres wird gerade geplant und diverse Anregungen haben wir aufgenommen, um eine Verwirklichung zu prüfen.

Prinzipiell werden sichere, stabile Fahrrad-Anschlussmöglichkeiten an allen S- und U-Bahnhöfen verstärkt nachgefragt (Kreuzberger Bügel). Sie sollten ebenso in Ortsteilzentren und allgemein vor Geschäften und öffentlichen Gebäuden (Rathaus/ Bücherei/ Schulen etc.) in ausreichender Zahl vorzufinden sein. Konkret wurde genannt:

- Bücherei im Schloß
- P&C Schloßstraße
- Saturn Schloßstraße
- Zehlendorf-Mitte/TeltowerDamm (vor Woolworth und auch auf dem Parkplatz)
- LIO
- Lankwitz-Kirche
- Albrechtstraße
- Steglitzer Damm.

Radwege fehlen besonders in Einkaufsstraßen und Hauptverkehrsstraßen. Es sollten dann Radstreifen links von parkenden Autos sein und keinesfalls auf dem Gehweg.

Hohe Priorität bei zu schaffenden Radstreifen werden für die folgenden Straßenzüge gesehen: Schloßstrasse (wird gerade verwirklicht), Albrechtstraße, Birkbuschstraße, Drakestraße, Grunewald-, Schildhorn- und Lepsiusstraße.

Ebenso wünschenswert sind Radstreifen in folgenden Straßen: Ostpreussendamm, Steglitzer Damm, Schönower Straße, Sundgauer Str. (zw. Hampstead und Berliner Str.), Hampsteadstraße, Gardeschützenweg, Baseler Straße und Hildburghäuser Straße.

Vorhandene Radwege sollten instand gesetzt und gepflegt werden. Konkret gewünscht wurde das bei folgenden Radwegen: Goerzallee und Nieritzweg (beide in Arbeit), Fischerhüttenstraße, Königstraße, Teile der Potsdamer Chaussee, Unter den Eichen, Hindenburgdamm, Königsbergerstraße, Vorarlbergerstraße, vor dem Insulaner und Teile der Mühlenstraße.

Außerdem sind auch reine Fahrradstraßen gewünscht.

Bike-and-Ride wird zunehmend angenommen. Ebenso steigt die Zahl derer, die ihr Fahrrad in den Bahnen mitnehmen wollen. Allerdings sollte die Aufteilung in den Bahnabteilen eindeutig sein und optimiert werden und die Umweltkarte wieder die Fahrradmitnahme ermöglichen. Diese Anregungen sollten wir auch auf Abgeordnetenebene einbringen.

Prinzipielle Empfehlungen waren:

- Hecken schneiden an Radwegen
- Keine Glascontainer neben Radwegen
- Radwege auf Breite und Unterwurzelung instand setzen
- Sichere, überdachte, eventuell bewachte Fahrradständer
- Unterstützung von Radprojekten, z.B. „Mit dem Rad zur Arbeit“, die auch vom ADFC und der AOK gefördert werden.
- Radwege auf Kopfsteinpflaster-Straßen auf Asphaltstrand ermöglichen

## **DIE TRÜFFEL SIND ZU BILLIG**

Wer einkauft zahlt. Auch Steuern, Mehrwertsteuer, entweder 19 % oder ermäßigt 7 %. Das Aufkommen der Mehrwertsteuer teilen sich Bund, Länder und Gemeinden nach einem komplizierten Schlüssel. Der Bund erwartet im Jahr 2010 insgesamt knapp 100 Milliarden € (genau sind 97,434 veranschlagt). Berlin als Stadt und Land zugleich immerhin schlappe 4 Milliarden € (genau sind 3,856 veranschlagt). Konjunkturbedingt dürften beide mehr erhalten.

Immer mal wieder fällt der Blick auf die Milliarden, die aufgrund des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden fehlen. Der Bundesrechnungshof hat diese Summe gerade überschlägig mit 24,2 Milliarden € beziffert. Die gelb-schwarze Bundesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung vorgenommen, auch

- Allgemeine Information über die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht
- Auf Licht an Rädern achten
- Überquerung Lepsiusstr. für Fußgänger (mit Kinderwagen!) sicherer gestalten durch Verbreiterung des Gehweges im Kreuzungsbereich Forststraße

Die Steglitz-Zehlendorfer SPD wird sich weiterhin mit Nachdruck für einen fahrradfreundlichen Bezirk einsetzen. Dazu dient auch die Vorlage für ein „Fahrrad-Nebenroutennetz in Steglitz-Zehlendorf“ von unseren Bezirksstadtrat Uwe Stäglin. Er wird die konkreten Vorschläge demnächst vorstellen.

Irene Köhne, Mitglied der BVV

den Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze anzugehen.

Ein typisches erstes und einziges Ergebnis liegt auch bereits vor: Für Hotels wurde der ermäßigte Umsatzsteuersatz blitzartig eingeführt, die Wahlkampfspenden von Hoteliers an die kleine gelbe Partei waren nicht vergebens. Der Volksmund spricht vom Mövenpickprivileg. Auf der anderen Seite fällt zum Jahresende 2011 der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für die entgeltlichen Beratungen der Verbraucherzentralen weg. Recht so, hätten die besser auch an die kleinen Gelben gespendet. Ansonsten steht der große Wurf der Bundesregierung noch aus, die Sache geht in eine Kommission.

Wie absurd manche dieser Ermäßigungen sind, zeigt der Adventskranz. Blätter, Zweige, Gräser und Moos, die zu Zierzwecken verwendet werden, unter-

liegen dem ermäßigten Steuersatz, aber nur wenn sie frisch sind. Der Adventskranz aus Trockenpflanzen ist mit 19 % zu besteuern. Das Bundesfinanzministerium weist mit Schreiben vom 04. August 2004 (nachzulesen im Bundessteuerblatt I, dort auf S. 638 unter Teilziffer 46) in diesem Zusammenhang dankenswerterweise ergänzend darauf hin, daß Trockenmoos durch Anfeuchten keineswegs wieder zu frischem Moos wird. Aber auch mit Trockenmoos verzierte Adventskränze können durchaus nur mit 7 % belegt sein, schließlich ist steuerlich entscheidend, ob frisches Material charakterbestimmend ist. Im Zweifelsfall einfach die Floristin eures Vertrauens detailliert befragen..., na ja, vielleicht auch lieber nicht.

Mövenpickkähnlich muten auch die ermäßigten Steuersätze beispielsweise für Trüffel, Gänseleber und Froschschenkel an. Tierfutter ist oft begünstigt, Kinderbrei nicht. Historisch interessant mag sein, daß die ermäßigten Sätze für vielerlei Agrarprodukte im Jahr 1968 als Kuhhandel entstanden, als die generelle Umsatzsteuerfreiheit der Agrarprodukte endete. Fast ein halbes Jahrhundert später ist das allein kein Argument mehr. Die erklärte Absicht, Güter des lebensnotwendigen Bedarfs zu verbilligen, ist immer neu zu überprüfen. Solange die Hausfrau im Keller aus Obst Marmelade selber kochte, mag die Steuerbegün-

stigung für Pektin Sinn gemacht haben, jetzt wird allein die Marmeladenindustrie beschenkt.

Trüffel, Wachteleier oder Schildkrötenfleisch sind heute und waren sicher auch seit dem Jahr 1968 nicht bei allen Deutschen lebensnotwendiger Bedarf. Möglicherweise sogar für niemanden. Da ein Angriff auf alle ermäßigten Sätze die begünstigte Klientel eint, ist es sinnvoll, Schritt für Schritt vorzugehen. Begonnen werden sollte mit einer Bundesratsinitiative des rot-roten Senats, mit der die Streichung des ermäßigten Satzes für Trüffel, Gänseleber und Froschschenkel verlangt und statt dessen eine Ermäßigung für gesunde Kindernahrung gefordert wird. Die Trüffel muß endlich teurer werden. Die Rücknahme des Mövenpickprivilegs sollte natürlich auch darin stehen. Wer täglich Bedarf an Trüffel, Gänseleber und Froschschenkel hat, kann auch 19 % bezahlen. Wer täglich sein Kind anders satt kriegen muß, sollte mit dem ermäßigten Satz von 7 % unterstützt werden.

Auch hier kann die Sozialdemokratie wieder einfach und verständlich zeigen, für wen sie eintritt. Ist ganz ähnlich wie bei der Vermögensteuer. Die folgende steuerpolitische Diskussion mit den kleinen Gelben und den verdrucksten Schwarzen wird uns sogar Spaß machen.

Hans-Willi Weizen, Abt. Dahlem

## **VON DER PARK RANGE ZUM LANDSCHAFTSPARK LICHTERFELDE SÜD**

Die Ruhe um das Gebiet vom Bahngelände beim S-Bahnhof Lichterfelde Süd über die Reaumurstraße, den Landweg und die Osdorfer Straße bis zur Berliner Stadtgrenze ist vorbei. Der private Besitzer arbeitet an Bebauungsplänen, die die

Bewohner nicht nur in Lichterfelde Süd beunruhigen und bereits Bürgerinitiativen und Parteien auf den Plan gerufen haben. Wir in der Abteilung Lichterfelde Ost und Süd haben vor einigen Wochen begonnen, über die Entwicklung zu infor-

mieren und eigene Gestaltungsideen zu entwickeln. Denn es geht hier nicht um eine marginale Randbebauung, sondern um Kerninteressen von ganz Steglitz-Lichterfelde, insbesondere um die Menschen in der Thermometersiedlung und um die Glaubwürdigkeit der Berliner und Brandenburger Naturschutzpolitik. Wenn die Forderung nach Schaffung von Naturerlebnisräumen und urbaner Landwirtschaft keine hohle Phrase bleiben soll, dann müssen wir als Sozialdemokraten gerade hier Flagge zeigen.

Als erstes ist dem von Ingeborg Junge-Reyer verantworteten Naturschutzgesetz von 2008 Geltung zu verschaffen:

*(1) Das Betreten der Flur auf privaten Straßen und Wegen sowie auf ungenutzten Grundflächen und landwirtschaftlichen Nutzflächen außerhalb der Nutzzeit ist zum Zweck der Erholung auf eigene Gefahr gestattet.*

Bereits heute besteht auf diesem Gelände ein beispielhafter Betrieb im Sinne der urbanen Landwirtschaft: die Reitgemeinschaft Hölderhof sorgt für eine naturnahe Bewirtschaftung der Grünflächen und trägt zu einem Naturerlebnis bei, das nicht nur für unsere Kinder und Jugendlichen wichtig ist. Der Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stellte fest: „Das ehemalige militärische Übungsgelände in Lichterfelde-Süd ist naturschutzfachlich von herausragendem Wert und weist einen hohen Anteil von schutzbedürftigen Arten und Lebensgemeinschaften auf...besonders geschützte Trockenrasen, Frischwiesen sowie Wald- und Vorwaldflächen ... (Eine) einmalige halboffene, strukturreiche 'Lichterfelder Weidelandschaft' (stellen) einen unbedingt erhaltungswürdigen 'Hotspot' der

Biodiversität in Berlin (dar).“ Der Beirat empfiehlt deshalb, dieses Gebiet als Grün-, Landwirtschafts- und Waldfläche auszuweisen, als Landschaftsschutzgebiet zu sichern und im Zusammenhang mit dem Regionalpark Teltow zu einer attraktiven Erholungslandschaft zu entwickeln.

Gemeinsam mit den Umlandgemeinden in Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming können wir ein Tor zu einem Landschaftspark öffnen, der weit über das Park-Range-Gelände hinausgeht, die „Teltower Platte“ und weitere Bereiche in Teltow-Fläming erschließt. Zurzeit besteht in Steglitz-Zehlendorf, wie auch in den Nachbarbezirken ein Mangel an Natur- und Erholungsflächen, besonders die Menschen in der Thermometersiedlung sind davon betroffen. In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft noch massenhaft Wohnungsbau zu gestatten, verbietet sich eigentlich von selbst. Aber die Zählgemeinschaft von CDU und Grünen (!) ist neben einem Wohnkomplex zusätzlich noch für einen Golfplatz auf diesem Gebiet.

Sicher ist es sinnvoll und würde sowohl den Interessen des Besitzers dieser Flächen, als auch der städtebaulichen Situation entsprechen, wenn in naher Umgebung des S-Bahnhofes außerhalb des ehemaligen Militärgeländes genossenschaftlicher und sozialer Wohnungsbau in vertretbarem Umfang genehmigt wird. Aber ein Golfplatz auf der ehemaligen Park Range käme einer ökologischen Katastrophe gleich und würde zudem die heute mögliche Entwicklung eines wichtigen Naherholungsgebietes, des „Landschaftsparks Lichterfelde-Süd“ unmöglich machen.

Ein Landschaftspark Lichterfelde-Süd als Bestandteil eines über die Stadtgrenze hinausreichenden Naherholungsgebietes ist nur politisch zu erreichen, rein rechtliche Instrumente greifen hier nicht. Wir brauchen daher eine starke politische Einflussnahme von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, von Interessenvertretern in Umwelt-, Naturschutz- und Jugendverbänden, von Schulen, Gemeinden und Vereinen. Am 11. Januar

2011 ist die Gründung eines „Umweltbündnisses Landschaftspark Lichterfelde Süd“ geplant. Wir sollten diese Initiative tatkräftig unterstützen und von uns aus die Bürgerinnen und Bürger informieren und motivieren, sich am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen.

Gerhard Niebergall und  
Helmut Schmidt, Abteilung 04

## **FRAU AM STEUER**

Die Bundeskanzlerin wird von der CDU gestellt. Die Grünen wollen Renate Künast als Regierende Bürgermeisterin. Die SPD hat einiges aufzuholen. Wir müssen deutlich nach außen sichtbar machen: Auch bei uns schaffen Frauen es an die Spitze. Rückwärtsgewandte Machos werden weiter ihre alten Herrenwitze erzählen, jedoch „Frauen werden erkennen: ihre Lebenswirklichkeit wird bei uns spitzenmäßig vertreten“. Obige Überschrift ist zugegebenermaßen aus der „Wirtschaftswoche“ vom 27. September 2010 zitiert. Allen, die auf einen sie selbst begünstigenden Proporz setzen, aber gleichzeitig weibliche Mitmenschen als Quotenfrauen, Hausfrauen oder Kindermädchen diffamieren, könnten, würden sie den genannten Artikel lesen und verstehen, erkennen: konservative Rollenzuweisungen sind out.

Ausgerechnet der Testosteronausschüttungen verursachende Automobilbereich mit seinen gut 720 000 Arbeitsplätzen befindet sich zu 60% unter Einfluss und Leitung von erfolgreichen Spitzenfrauen. „Menschenkenntnis und Lebenserfahrung helfen manchmal beim Durchschauern ausgebuffter Finanzierungstricks weiter als ein MBA“. Diesen Unterneh-

merinnen wird bei allen Fehlern, die sie auch machen, bescheinigt, dass sie längerfristig denken und gleichzeitig Männern in ihrem betrieblichen Umfeld bessere Perspektiven ermöglichen als letztere „in Abhängigkeit von wankelmütigen männlichen Finanzinvestoren“ entwickeln könnten. Vergleichbares ließe sich über die drei größten Medienhäuser Europas berichten. Sie sind fest in Frauenhand. Jeder Leser, der die dabei entstehenden Produkte zu Recht kritisiert, dürfte, außer bei geschlechtsgesteuerter Blindheit, wissen: Männer an diesen Steuerungshebeln würden die Produkte nicht sozialdemokratischer machen.

Die Frauen der ASF Steglitz – Zehlendorf vertreten und leben sozialdemokratische Inhalte, teilen mit oben genannten Frauen aber die Verachtung für „Breitbeinigkeit und Macho – Attitüden“ und vertrauen auf sichtbare Frauen am Steuer der SPD. Wir sind realistisch und statutenfest: deshalb erwarten wir 2011 noch keine 60% Einflussnahme. Im nächsten Jahr muss aber mindestens eine Frau auf den Spitzenplatz einer der Listen für das Abgeordnetenhaus bzw. BVV.

Eveline Neumann,  
Vors. ASF Steglitz-Zehlendorf

## **NEUER FLUGHAFEN FÜR BERLIN – NEUER LÄRM FÜR STEGLITZ-ZEHLENDORF?**

Anfang September dieses Jahres veröffentlichte die Deutsche Flugsicherung (DFS) neu geplante Routen für den Flughafen BBI und stieß damit allseits auf großen Widerstand. Die neuen Planungen sehen vor, dass von den ursprünglich geradeaus geplanten Abflugrouten die nördliche Startroute nach Westen um 45 Grad geschwenkt wird. Das hat zur Folge, dass der Berliner Südwesten sowie bisher nicht berührte Teile Brandenburgs vom drohenden Fluglärm betroffen wären. Dagegen wehren sich nicht nur zahlreiche Bürgerinitiativen, auch die SPD hat deutlich gemacht, dass hier erheblicher Veränderungsbedarf besteht.

Gemeinsam mit der Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, der Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Keine Flugrouten über Berlin“, Dr. Marela Bone-Winkel, dem Verkehrsreferenten des BUND Berlin, Martin Schlegel und ca. 300 betroffenen Bürgerinnen und Bürgern habe ich, als Wahlkreisabgeordneter, am 2. November in der Dreilinden-Oberschule über die neuen Flugrouten informiert und diskutiert.

Flughafensprecher Ralf Kunkel versicherte, dass die Berliner Flughafengesellschaft erst im September von den neuen Plänen der DFS erfahren hätte, obwohl hierzu inzwischen andere Informationen vorliegen. Er forderte eine schnelle und vor allem lärmmindernde Lösung bis spätestens 2011, eine sichere Routenführung sowie ein transparentes Verfahren zum Beschluss der Flugrouten. Höchst umstritten war jedoch die von ihm geforderte Sicherstellung von Parallelstarts in Spitzenzeiten, durch die ein Abknicken der Routen überhaupt erst notwendig wurde. Dennoch müssten alle Alternativen geprüft und auch Konzepte anderer

Flughäfen einbezogen werden, um zu einer passgenauen Lösung für BBI zu kommen. Die Befürchtung einer Aufhebung des Nachtflugverbots räumte er vorerst aus. Das sei seitens der Berliner Flughafengesellschaft nicht geplant.

Eine grundsätzliche Flughafendebatte will er jedoch nicht führen: „Der neue Flughafen BBI ist ein wichtiges Zukunftsprojekt: Aus wirtschaftlichen Gründen und um den Flugverkehr aus der Berliner Innenstadt zu holen.“

Dem stimmte auch die Verkehrssenatorin Ingeborg Junge-Reyer zu. Sie versicherte, dass für den rot-roten Senat Sicherheit und Lärmschutz für die Bevölkerung Priorität vor der Wirtschaftlichkeit haben. So müssten auch längere Routen zugunsten einer Lärminderung hingenommen werden. „Unser grundlegendes politisches Ziel ist es, die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern“, sagte sie. Ihr sei vor allem wichtig, dass Berlin und Brandenburg hier gemeinsam agieren. Deshalb begrüße sie auch die Arbeit der Bürgerinitiative „Keine Flugrouten über Berlin“.

Diese kann mittlerweile auf mehr als 50.000 Mitstreiter aus Berlin und Brandenburg zählen. Ihre Vorsitzende, Dr. Marela Bone-Winkel, fand deutliche Worte für die neuen Routen: „Es ist eine politische Ungeheuerlichkeit, dass zwei innerstädtische Flughäfen mit dem Argument, die Stadt von Fluglärm zu befreien, geschlossen werden und dann bekannt wird, dass die Routen von BBI doch über Teile der Stadt führen!“, sagte sie unter Zustimmung des Publikums. Viele Betroffene seien wegen fehlender Kenntnis der Routenführung ihrer Anhörungsrechte beraubt werden.

Sie zeigte sich aber auch erfreut über die Aussage der Senatorin, dass Lärmschutz stets Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit habe und kündigte an, den rot-roten Senat an dieser Aussage zu messen.

Dem Verkehrsreferenten des BUND, Martin Schlegel, ist vor allem wichtig, dass dargestellt wird, welche gesundheitsschädlichen Folgen für die Bevölkerung entstehen könnten. So müsse neben einer Neuplanung der Flugrouten das Nachtflugverbot ebenso wie eine Flugmengenbegrenzung unbedingt und konsequent durchgesetzt werden. Aus umweltpolitischer Sicht wies er zudem darauf hin, dass der Forschungsreaktor des Helmholtz-Zentrums in Zehlendorf nicht überflogen werden dürfe, da dies eine enorme Gefahr darstelle.

„Der BUND“, merkte Schlegel abschließend an, „unterstützt jede Initiative, den Großflughafen BBI kleiner zu gestalten, denn dann wären Parallelstarts nicht nötig und das Problem der Lärmbelastung für Berlin ausgeräumt.“

Viele Probleme und Fragen kamen an dem Abend zur Sprache. Leider war einer der Hauptakteure in der Fluglärmdebatte, die Deutsche Flugsicherung, nicht bereit, sich einer Diskussion mit den Betroffenen zu stellen. So konnten einige Fragen nicht geklärt werden. Dis Diskussion war dennoch wichtig, weil alle Beteiligten deutlich gemacht haben, dass sie die von der Flugsicherung veröffentlichten Routen nicht hinnehmen werden. Nachdem die Fluglärmkommission bei ihrer Sitzung am 13. Dezember 16 Alternativvorschläge zu den Flugrouten der Deutschen Flugsicherung eingereicht hat, gilt nun abzuwarten, welche Ergebnisse die nächste Sitzung der Fluglärmkommission am 17. Januar 2011 haben wird.

Für die SPD ist klar: Eine Lärmbelastung durch Flugbewegungen über Berlin und Brandenburg muss so weit wie möglich verhindert werden!

Holger Thärichen, MdB  
und Nicole Siewert

## **AKTUELL IM INTERNET**

Auf der Internetseite der SPD Steglitz-Zehlendorf [www.spd-suedwest.de](http://www.spd-suedwest.de) werden nicht nur die aktuellen Termine des Kreises, der Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, sondern auch in regelmäßigen Abständen Texte der Funktions- und Mandats-träger über die aktuelle politische Arbeit und Lage veröffentlicht - ein Blick lohnt sich!

„Bei Eis- und Schneeglätte muss die Sicherheit und Gesundheit der Bürger Vorrang haben!“ von Michael Arndt, MdB

„Gute Arbeit durch bezirkliche Wirtschaftsförderung!“ von Barbara Loth, Bezirksstadträtin

„Rosenstr. 76“ - Häusliche Gewalt wahrnehmen, zum Thema machen, überwinden von Ulrike Neumann, MdB

## **SPD-Kreisbüro**

### **Steglitz-Zehlendorf**

Leitung: Mirjam Golm

Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Öffnungszeiten: Mo.+Do. 10:00 - 14:00 Uhr,

Fr. 14:00 - 18:00 Uhr.

Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856

E-Mail: [steglitz-zehlendorf@spd-berlin.de](mailto:steglitz-zehlendorf@spd-berlin.de)

Web: [www.spd-suedwest.de](http://www.spd-suedwest.de)

## **Nächste Ausgabe**

Redaktionsschluss für die Nummer 50

(April - Mai 2011) ist am 11.03.2011.

Genossinnen und Genossen, die einen Bei-

trag verfassen möchten, können bis zum

14.02.2011 Themenvorschläge einreichen,

möglichst bitte per E-Mail an

[sww@suedwest.spd-berlin.de](mailto:sww@suedwest.spd-berlin.de).

## **Petra Merkel MdB**

### **Wahlkreisbüro Goethe15**

Goethestraße 15, 10623 Berlin (Char.-Wil.)

Öffnungszeiten: Mo.+Do. 12:00 - 16:00 Uhr,

Di. + Mi. 10:00 - 14:00 Uhr.

Telefon: 313 88 82, Fax: 318 00 168

E-Mail: [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de)

Bundestagsbüro, 11011 Berlin

Web: [www.petra-merkel.de](http://www.petra-merkel.de)

## **Impressum**

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei

Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf

V. i. S. d. P.: Maximiljan Reth

c/o SPD Steglitz-Zehlendorf,

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Redaktion: Maximiljan Reth, Klaus

Spychalski, Hans-Willi Weizen, Ulrike

Wöhning

Druck: Robert und Helmut Podzuweit GbR,

Telefon: 721 61 73

Der Südwestwind im Internet **[www.spd-suedwest.de/sww/](http://www.spd-suedwest.de/sww/)**.

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.

**Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt AS3261**

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises Steglitz-Zehlendorf